



G8: Neue Partnerschaft für Afrika

Der vom G8-Wirtschaftsgipfel verabschiedete Afrika-Aktionsplan ist ein politisches Programm als Antwort auf die afrikanische Reforminitiative „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NePAD). Die G8 bekräftigen darin ihren Willen, die Partnerschaft mit Afrika auf allen Gebieten zu vertiefen.

Diese Partnerschaft hat durch NePAD eine neue Qualität. Denn mit NePAD legen die afrikanischen Staaten ein überzeugendes Bekenntnis zu tiefgreifenden politischen Reformen und zu global gültigen Werten wie Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und verantwortlichem Regierungshandeln ab. Aus deutscher Sicht ist NePAD trotz negativer Entwicklungen und Rückschlägen die wegweisende Vision für Afrikas Entwicklung.

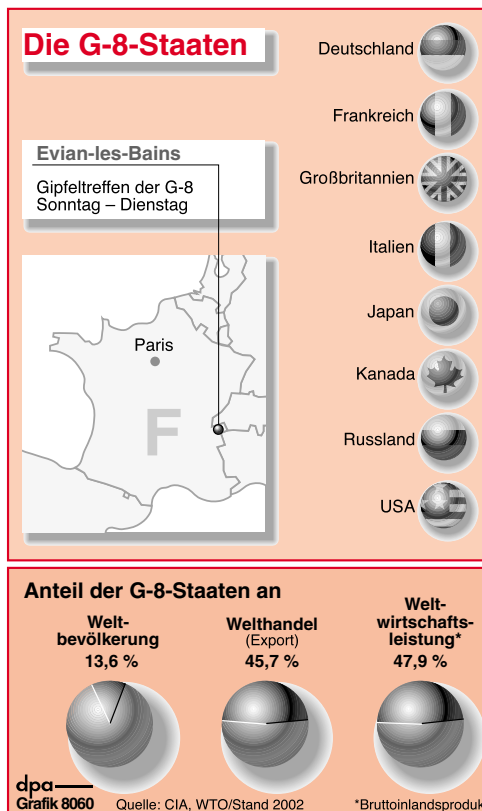
Chance auf selbstbestimmte Entwicklung in Afrika

NePADs neues Denken und der Aufbruch zur „Afrikanischen Union“ eröffnen große Chancen auf eine selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung in Afrika. Der Aktionsplan der G8-Staaten gibt einen strategischen Rahmen für eine langfristige Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit Afrika auf bi- und multilateraler Ebene vor. Die G8 konzentrieren sich dabei auf ihre Rolle als politische „Impulsgeber“ und nutzen ihr politisches Gewicht zur Mobilisierung multilateraler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen.

Das deutsche Engagement

Deutschland beteiligt sich angemessen an der Umsetzung. So hat die Bundesregierung in den Jahren 2002 und 2003 Afrika mit insgesamt 1 Mrd. Euro gefördert. Davon wurden etwa 10 Prozent direkt auf die Förderung afrikanischer Eigenanstrengungen bei der Umsetzung der NePAD-Ziele verwandt. Bei den zentralen politischen Themen wurden gemeinsam mit den afrikanischen Partnern konkrete Fortschritte erzielt:

Kriegerische Konflikte: In Evian wurde eine gemeinsame Friedensinitiative für Afrika auf den Weg gebracht, die vorsieht, bis zum Jahr 2010 die Staaten Afrikas zur Durchführung von effektiven Friedenseinsätzen zu befähigen.



Verwirklichung der Menschenrechte: Deutschland wird die Gründung des geplanten afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs fördern.

Verantwortliches Regierungshandeln: die Bundesregierung hat ihre Beiträge zur Förderung der Prinzipien guter Unternehmens- und Regierungsführung sowie effektiver Korruptionsbekämpfung verstärkt. Deutschland setzt sich im Rahmen der Vereinten Nationen nachdrücklich für die verstärkte Zusammenarbeit bei der Rückführung illegaler Fluchtgelder ein.

Regionale Kooperation: wird verstärkt gefördert, wobei der gemeinsamen Nutzung grenzüberschreitender natürlicher Ressourcen wie Wasser eine herausragende Rolle zukommt.

Schuldenerlass: Die auf dem Kölner Gipfel 1999 beschlossenen Entschuldungsziele werden konsequent weiterverfolgt. Von den 850 Mio. US\$, die die G8 für die hochverschuldeten armen Länder bereitstellten, trug die Bundesregierung 100 Mio. € bei.